

Von: Sascha Liebermann – Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung

Betreff: Hinweise des Tages - Bürgergeld

Datum: 21. April 2009 09:43:42 MESZ

An: redaktion@nachdenkseiten.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

als stetiger Leser der Nachdenkseiten und ganz einverstanden mit Ihrem Ziel, eine Gegenöffentlichkeit zu den vorherrschenden Denkbarrieren zu schaffen und eine differenzierte öffentliche Meinungsbildung zu fördern, schreibe ich Ihnen.

In den gestrigen Hinweisen des Tages führen Sie einen Beitrag zum Bürgergeld auf, der alles andere als eine differenzierte Betrachtung des Vorschlags eines bedingungslosen Grundeinkommens liefert. Dass Ihnen selbst bei diesem Vorschlag nicht wohl ist, habe ich Ihnen, wenn auch spärlichen, Hinweisen und Kommentaren in den vergangenen Jahren entnommen. Mir scheint jedoch, dass der Beitrag von Herrn Seeberger in seiner Ausrichtung einen blinden Fleck erkennen lässt. Hört hier die differenzierte Meinungsbildung auf, ist Ihnen diese Undifferenziertheit keinen Kommentar wert, woran Sie sonst hinsichtlich mancher Meldungen nicht sparen?

Aufhänger des Beitrags ist die jüngst erfolgte Petition von Frau Wiest, die es auf erstaunliche 52000 Mitzeichner brachte. Dass in der Begründung der Petition keine ausführliche Darlegung des bGEs erfolgt, ist leicht zu erkennen. Es gibt jedoch zahlreiche Begründungstexte, die alle hätten beim Archiv Grundeinkommen einmal eingesehen werden können, jenseits der Thesen von Thomas Straubhaar, der, bevor er auf den Bürgergeldzug aufgesprungen ist, eine rigide Fassung der Transferleistungen befürwortet hat. Ihn nun gerade als Vertreter des bGE zu zitieren, der in der bGE-Diskussion selbst vehement kritisiert wird, zeugt von Uninformiertheit.

Es sollen nicht alle bestehenden Transferleistungen abgeschafft und privatisiert werden, wie der Beitrag mit Berufung auf Straubhaar behauptet. Das bGE ersetzt bis zu seiner Höhe bestehende Leistungen und würde bei ausreichender Höhe, damit ohne Erwerbsarbeit davon gelebt werden kann, die meisten Rentner im Verhältnis zu heute besser stellen. Je höher es ausfallen würde, desto mehr könnte es an die Stelle bestehender Transfersysteme treten. Endlich würde, da auch Kinder ein bGE erhielten, wirklich in die Zukunft investiert. Das wäre in vielerlei Hinsicht eine Befreiung von der Treitmühle des Arbeitshauses, die bis in das Elterngeld und das neue Unterhaltsrecht hineinreicht. "Privatisiert", das scheint ein Kampfbegriff zu sein, werden eventuell diejenigen Leistungen, die das bGE überflüssig machte. Was wäre daran das Problem, wenn es eine ausreichende Sicherheit gäbe? Ausgemacht ist jedoch keineswegs, dass es nicht sehr wohl ein auf freiwilliger Basis finanziertes Umlagesystem geben könnte - aber nur als Zusatzleistung. Doch, wenn das bGE hoch genug wäre (von seiner Höhe hängt alles ab), könnte darauf auch verzichtet werden. Es wird sich weisen, was die Bürger wollen, sofern sie sich zu Wort melden.

Man könnte meinen, der Verfasser des Beitrages wollte die vorliegenden Berechnungen gar nicht zur Kenntnis nehmen, die auch über das Internet leicht beziehbar sind, bei aller beschränkten Aussagekraft, die sie haben, denn sie simulieren einen Zustand, der nichts über tatsächliche Entwicklungen aussagt. Ebenso gibt es Überlegungen zur Finanzierung des Gesundheitswesens. Weshalb dann wird nun in der Folge des Beitrages gerade der von seiner Systematik am wenigsten weitreichende Vorschlag vom thüringischen Ministerpräsidenten

Dieter Althaus betrachtet, statt diejenigen heranzuziehen, denen es mit dem bGE um vielmehr als um eine anderes Transfersystem geht? Diese Fragen kann nur der Verfasser beantworten, dem informierten Leser drängen sie sich hingegen auf.

Erstaunt steht man z.B. vor folgenden Sätzen: "Die geplante Abschaffung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, sowie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall lässt die Betroffenen mit der neuen Eigenverantwortung künftig dem privaten Versicherungsmarkt allein gegenüber stehen."

Ist das bGE hoch genug, das fordern die radikalsten Vertreter, dann ist auch derjenige Mitarbeiter bzw. entlassene Mitarbeiter eines Unternehmens dadurch abgesichert, dass ihm das bGE von der Wiege bis zur Bahre zur Verfügung stehen soll. Sein Leben beginnt und endet damit, er kann auf seiner Basis entscheiden, freier und selbstbestimmter als heute - das bGE ist eine Solidarleistung der Bürger an sich selbst. Damit wären sie, durchaus auch finanziell, viel besser abgesichert als heute. Vor allem aber wäre endlich die behördliche Verwaltung der Arbeitslosigkeit beendet, die Initiative hemmt und nicht anerkennt, wo sich die Menschen überall tätig engagieren und einbringen. Weiterbildungsmöglichkeiten könnten gleichwohl angeboten werden, doch Angebote anzunehmen wäre freiwillig und stünde nicht, wie heute, unter dem Damoklesschwert der Sanktion. Alleine die Demütigung und Stigmatisierung, die mit unseren Transferleistungen - die stets nur eines im Sinne haben, den Bezieher in den Arbeitsmarkt zurückzuführen - würde beseitigt und endlich auch würden diejenigen ihnen zustehende Leistungen erhalten, die sich heute und auch vor der Agenda 2010 schon scheuten, die Schwelle der Sozialverwaltung zu überschreiten.

Auch die Illusion der paritätischen Finanzierung wäre endlich beseitigt, da zwar die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge buchhalterisch abführen, diese Beiträge aber für ein Unternehmen Kosten sind, deren Erwirtschaftung über den Absatz erfolgt, ergo trägt sie auch heute schon der Konsument, ganz gleich wie paritätisch wir uns das wünschen. Folgerichtig wäre eine Steuerfinanzierung aller Transferleistungen, der Weg ist schon vorgezeichnet. Wo sich Entwicklungen andeuten, die nicht im öffentlichen Interesse sein können, da müssen sich die Bürger erheben oder zu Wort melden. Davon wird auch zukünftig alles abhängen.

Die Pro-Kopf-Gewährung des bGE würde im Unterscheid zu allen haushaltsbezogenen Leistungen, die teils wieder verrechnet werden, Familien absichern (vier bGEs), ein lebenslanges Bafög auf breiter Basis bedeuten, jedoch ohne, dass eine berufliche Orientierung am Arbeitsmarkt stattfinden muss, um über Einkommen zu verfügen. Sich einzumischen in öffentliche Fragen würde viel einfacher, da das bGE schon eine Absicherung bereitstellte.

Die ewige Geißelung von Vorschlägen, die nicht zum alten Sozialstaat zurückwollen, als neoliberal, ist genauso differenziert wie die Berichterstattung der Bild-Zeitung. Eine Auseinandersetzung auf der Höhe der Diskussion, sowohl der der Nachdenkseiten als auch der der Grundeinkommensbefürworter, wäre indes fruchtbar.

Dass Sie eine solch tendenziöse und undifferenzierte Betrachtung kommentarlos bereitstellen, muss alle wundern, die sonst Ihr Bemühen um differenzierte Information begrüßen.

Mit freundlichem Gruß
Sascha Liebermann

Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung